

Rede Aktuelle Stunde/Begründung:  
„Ob Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Verbesserung des Kinderschutzes bis hin zu mehr Bildungschancen – Rot-Rot hinkt der Politik der Bundesregierung meilenweit hinterher“

Plenum am 9. Juni 2011

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

wie steht es um die Familienpolitik des Senats? Nach wie vor schlecht, denn sonst hätte er mit seinem Arbeitszeitmodell für die Bediensteten der Berliner Polizei nicht tagelang negative Schlagzeilen produzieren können. Offenbar ist der Senat nicht gewillt, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf seiner eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beizutragen. Er geht lieber mit dem Personal auf Konfrontation, erhöht mit seinem Modell den Stress, nimmt billigend in Kauf, dass das Familienleben vieler darunter leidet, sieht sehr wohl, dass die Arbeitsergebnisse sinken, der Krankenstand in die Höhe schnellte und das Verhältnis zwischen Personal und Führung hochgradig gestört wird. So viel zur familienfreundlichen Personalpolitik à la Rot-Rot. Finden Sie nicht auch, dass der Senat dafür den „audit beruf und familie“ verdient?

Meine Damen und Herren, wir sind deshalb der Auffassung, dass allein schon dieser aktuelle Vorgang berechtigt, sich nach relativ kurzer Zeit noch einmal intensiv mit der Familienpolitik des rot-roten Senats in einer Aktuellen Stunde auseinander zu setzen. Dieses Mal aber im Gegensatz zu den Elogen von SPD und Linker vor vier Wochen überwiegend kritisch. Denn was fällt auf, wenn das Politikverhalten des Senats in Bezug auf Familien, Kindern und Jugendlichen näher betrachtet wird?

1. Die wirklichen Probleme der Berliner Familien und ihrer Kinder stehen nur selten im Mittelpunkt der politischen Bemühungen von Rot-Rot. Wer sich die Mühe macht, beispielsweise die Berliner Internetplattform für Eltern „die elternliste“ täglich zu lesen, weiß wovon ich spreche und er erkennt, wie allein gelassen sich oft Familien in dieser Stadt fühlen.
2. Der Senat reagiert in erster Linie auf Druck, ist es doch sein Prinzip, erst einmal die Interessen und Anliegen von Familien und jungen Menschen wegzuwischen und mitunter sogar zu leugnen.

Wunderbares Beispiel dafür das Volksbegehren für mehr Kita-Qualität. Schlussendlich musste Rot-Rot klein begeben. Das zeichnet sich auch jetzt beim nächsten Volksbegehren für mehr Hortplätze ab.

3. Die Familien-, Kinder- und Jugendpolitik dieses Senats ist defizitär. Es fehlen Bedarfsanalysen, Konzepte und passgenaue Programme für die unterschiedlichen Zielgruppen. Damit erweist Rot-Rot dem Land Berlin und seinen Menschen einen schlechten Dienst.

Natürlich wäre es jetzt falsch zu behaupten, dieser Senat sei völlig untätig gewesen. Aber es reicht eben bei den Multiproblemlagen in dieser Stadt nicht aus, für alles und jedes nach folgendem Motto zu verfahren: Wir machen die Kita beitragsfrei, wir schwenken die Regenbogenfahne, wir machen ein paar Aktionsprogramme, wir wirbeln die Schulen durcheinander und nennen das Reform, wir schreiben die Kinderrechte in die Landesverfassung und machen schöne Presseerklärungen zum Kindertag.

Und siehe - schon wird alles besser: Die Kita-Qualität stellt sich fast von selbst ein, die Homophobie verschwindet von den Schulhöfen, die Integrationsprobleme verringern sich, die Bildungsqualität steigt sprunghaft und Berlin wird zur Hauptstadt des Kinderschutzes und zu einer guten Stadt für Kinder, wie Frau Staatssekretärin Zinke in ihrer Presseerklärung zum Kindertag sagte.

Ich übertreibe? Keinesfalls meine Damen und Herren, denn ich habe mir den Hinweis von Senator Zöllner vom 12. Mai zu Herzen genommen. Er glaubte mir von dieser Stelle aus den Ratschlag geben zu müssen, ich solle mit offenen Augen durch die Stadt gehen. Und da ich das schon immer tue, kann ich Ihnen versichern, SPD und Linkspartei sind nicht die Problemlöser, für die sie sich ausgeben. Es gibt viel zu viele Baustellen, die auf unzuverlässigem Grund stehen. Dazu gehört der Kinderschutz, zu dem ich Ihnen eine Diskussion in der nächsten Parlamentssitzung nicht ersparen werde, dazu gehören die nicht nachhaltig wirkenden Integrationsprojekte, deren Evaluation verheerende Ergebnisse für den Senat erbracht haben, dazu gehören fehlende Kitaplätze, fehlende Hortplätze, Schulverweigerer, unzureichende Familienbildungsmaßnahmen, ein

gescheitertes Inklusionskonzept für Kinder mit Behinderungen und ...und ... und.

Während vom Bund neue Ideen und verbesserte Rahmenbedingungen kommen, wie z. B. die Aktionen für eine familienbewusste Personalpolitik, die Verbesserung des Bundeskinderschutzgesetzes, das Gesetz zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, das Programm Bildungspatenschaften für Kinder aus Zuwandererfamilien, das Förderprogramm zur betrieblichen Kinderbetreuung und vieles andere mehr, ist der Berliner Senat noch nicht einmal in der Lage, befriedigend über den Stand eigener Entwicklungen und notwendiger Umsetzungsmaßnahmen zu berichten, geschweige denn neue Impulse aufzunehmen.

Dazu ein Beispiel: Am 19. Mai befragte ich den Senat im Jugendausschuss, wie sich die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder gestaltet. Heute bekam ich 1 Stunde vor dieser Sitzung endlich die Antworten. Natürlich ist der ein Schelm, der jetzt denkt, dass es hier eine inhaltliche Verknüpfung mit der Aktuellen Stunde geben könnte. Selbstverständlich ist das reiner Zufall, wie es auch Zufall ist, dass der bald abgängige Prof. Zöllner noch kurz vor den Wahlen mehr Kita-Plätze schaffen will. Da muss er sich aber mächtig beeilen, um noch für seine Partei punkten zu können.

Beeilen sollte sich der Senat auch, einfachere Zugangs- und Verwaltungswege bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in Gang zu bringen, damit die Berechtigten fristgemäß ihre Anträge bearbeitet bekommen. Doch leider lassen die mir heute zugestellten Antworten diese Hoffnung nicht aufkommen.

Ich finde, dass sich der Senat eigentlich in Grund und Boden schämen müsste. Seit mehr als einem Vierteljahr laboriert er an der Organisation des Teilbereiches, der in kommunaler Verantwortung liegt. Und was kommt dabei heraus? Ein wahres Armutszeugnis roter Verwaltungskunst zu Lasten von 200.000 berechtigten Kindern. Auch dieser Vorgang wäre Anlass genug für die beantragte Aktuelle Stunde der CDU-Fraktion.